

## Zwangsmigration als Objekt einer Streitgeschichte im erweiterten Europa

FOROST, Collegium Carolinum, München, 6.-7. Dezember 2004

Die Beschäftigung mit Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg hat weiterhin Konjunktur. Zunehmend stellt sich dabei die Frage, inwieweit die Erinnerung an sie in einem nationalen Kontext stattfindet oder ob sie im Rahmen einer Europäisierung neue Bewertungen und Gedenkformen erfährt. Die Erweiterung der Europäischen Union gibt solchen Fragen eine neue Dimension, zumal noch offen ist, inwieweit politische Streitfragen wie etwa die der Gültigkeit der so genannten Beneš-Dekrete zukünftig auf europäischer Ebene abgehandelt oder auf einer bilateralen Ebene verbleiben werden. Das Projekt „Diskurse in den EU-Beitrittsländern Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien über Zwangsmigrationen der Jahre 1938-1950“ im Rahmen des Bayerischen Forschungsverbundes FOROST veranstaltete am 6. und 7. Dezember 2004 in München bereits seine dritte Tagung, um unter anderem diesen Fragen nachzugehen. Als sinnvoll erwies es sich dabei, Beispielfälle aus mehreren Ländern zu präsentieren. Im Zentrum der von K. Erik Franzen und Peter Haslinger (beide München) organisierten Veranstaltung stand somit die Darstellung von „Streitgeschichten“ über Zwangsmigration.

Der erste Themenblock war dem Umgang mit Flucht und Vertreibung in Deutschland gewidmet. Anhand der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen“ referierte Mathias Beer (Tübingen) über eine zentrale Debatte in der Bundesrepublik seit den 1950er Jahren. Mit der Fokussierung auf dieses Großprojekt gelang es ihm, wichtige Phasen einer bundesdeutschen „Streitgeschichte“ nachzuzeichnen. Drei Historikergenerationen beteiligten sich an der Dokumentation von Zeitzeugenberichten, die zunächst als „Pfund“ für mögliche Friedensvertragsgespräche gehandelt wurde. Seit den 1960er Jahren geriet die Auseinandersetzung mit der Vertreibung immer mehr zu einer politischen Debatte. Das Ziel, ergänzend zu den fünf Dokumentationsbänden einen sechsten Band zu veröffentlichen, der eine breite Analyse der Ursachen und Folgen der Zwangsmigrationen bieten sollte, konnte unter diesen Bedingungen nicht verwirklicht werden. Die Abstinenz der Wissenschaftler, die sich daraus ergab, führte dazu, dass der Umgang mit dem Quellenbestand der Dokumentation eine Eigen-dynamik entwickelte, die der mangelhaften Verarbeitung der Vertreibung zuarbeitete. Nach Beer fand diese keinen Eingang in das „kulturelle Gedächtnis“ der bundesdeutschen Gesellschaft insgesamt. Für die Wissenschaft ist die Dokumentation kein Thema der Forschung mehr, öffentlich präsent ist sie indessen nach wie vor. Erst im

Jahr 2004 erschien wieder eine Neuauflage. Aber auch hier fehlt erneut eine Erläuterung der Entstehungsbedingungen der Quellenbasis und der ergänzenden Darstellungen. Es bleibt somit ein Desiderat, die monokausale Betrachtung von Flucht und Vertreibung durch eine Interpretation in ihrem europäischen Kontext abzulösen.

Anschließend referierte K. Erik Franzen über die Erinnerungspolitik um Flucht und Vertreibung in Deutschland seit 1990. Die Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre teilte er dabei in zwei Phasen ein: In den Jahren bis 1999 habe eine Reorganisation der Erinnerungskultur im Vordergrund gestanden. Trotz der Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit sei innerhalb eines einsetzenden „Erinnerungsbooms“ die Thematisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit weiterhin zentral für die deutsche Gesellschaft geblieben. Dies bedingte auch die Frage danach, wie die Vertriebenen zu würdigen seien. Eine zweite Phase setzte laut Franzen im Jahr 1999 mit der Diskussion über den EU-Beitritt der Tschechischen Republik und über den Vorschlag ein, in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu errichten. Zunehmend zum Thema wurde seitdem die Frage, ob die Erinnerung an Flucht und Vertreibung um eine europäische Perspektive zu erweitern sei oder ob an einer „deutschen Basiserzählung“ festgehalten werden könne. Hier ergaben sich Verbindungslinien zum Vortrag von Mathias Beer. Das von beiden Referenten skizzierte Problem steht in einem grundsätzlichen Zusammenhang mit der Frage, ob der Erinnerung an die Vertreibung ein legitimatorisches oder ein aufklärerisches Interesse zu Grunde liegt.

Im folgenden Panel wurden Debatten zu den Zwangsmigrationen in der Tschechischen Republik und der Slowakei analysiert. Christian Domnitz (Potsdam) zeichnete zunächst die parlamentarischen Diskussionen zu den Beneš-Dekreten im tschechischen Abgeordnetenhaus und dem Europaparlament nach. Anhand von Interviews und Parlamentsprotokollen untersuchte er das Spannungsfeld zwischen europäischem Gestaltungsanspruch und nationaler Geschichtspolitik auf politischer Ebene. Die in der Debatte feststellbaren Pole von Moralisierung und Historisierung beeinflussen das Denken über Geschichte allgemein. In der anschließenden Diskussion wies Robert Luft (München) darauf hin, wie sehr das Geschichtsdanken dadurch hinter einen politischen Diskurs zurücktrete. Christian Domnitz betonte, dass die Spezifik politischer Entscheidungsprozesse starken Einfluss auf historische Wertungen ausübe. Abgestimmt würde über die „Legitimität von Geschichtsbildern“.

Marína Zavacká (Bratislava) problematisierte die Diskussionen über Zwangsmigrationen in der Slowakei. Diese seien in der slowakischen Gesellschaft kaum ein Thema; insbesondere die Aussiedlung von Magyaren aus der Südslowakei finde nur wenig Eingang in das öffentliche Bewusstsein. Migration insgesamt habe in der Slowakei zunächst eine negative Konnotation. In der Diskussion des Vortrags standen Bezüge zwischen Ungarn und der Slowakei im Vordergrund. Eine breitenwirksame Debatte findet dazu in beiden Ländern nicht statt, auch spielt die slowakisch-ungarische Historikerkommission kaum eine Rolle.

Im nächsten Block standen Fragen nach der Erinnerung an Zwangsmigrationen „vor Ort“ im Zentrum. Claudia Kraft (Bochum) zeigte in ihrem Beitrag, welche

Bedeutung in Polen lokalen Initiativen im Verhältnis zur gesamtstaatlichen Debatte über Zwangsmigrationen zukommt. Das Thema Vertreibung sei seit Beginn der 1990er Jahre kein Tabuthema mehr. Ein deutsch-polnischer Diskurs habe sich aber auch nicht entwickelt, stattdessen würden zwei unterschiedliche Diskurse aufeinander prallen. Kraft zufolge liegt das vielleicht auch daran, dass eine „Bekenntnisgeneration“ in Deutschland auf eine „authentische Generation“ in Polen trifft. Diese „authentische Generation“ ist aus lokalen Initiativen entstanden, die danach fragten, wie mit dem „deutschen Kulturerbe“ in Polen umgegangen werden sollte. Heute sehen sie es eher als ihre Aufgabe an, Geschichte in ihrer als die eigene wahrgenommenen Kulturlandschaft aufzuarbeiten. In der folgenden Diskussion wurden insbesondere die möglichen Folgen von geplanten Gedenkortern für die lokalen Gruppen thematisiert. Claudia Kraft betonte, jede Planung eines zentralen Gedenkortes werde einer differenzierten Diskussion vor Ort schaden.

Im Anschluss daran ging Éva Kovács (Wien/Budapest) am Beispiel von zwei ungarischen Gemeinden der Frage nach, welche Konstruktions- und Rekonstruktionsprozesse die Erinnerung an die nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesiedelten Bewohner prägen. Mit Blick auf gerne erwähnte „schwäbische“ Traditionen zeigte sie, wie „ethnische Landschaften“ bewusst geschaffen werden. Ihr Fazit fiel schließlich eindeutig aus: Ohne Erinnerungspolitik gäbe es keine Erinnerung. Anders als Claudia Kraft für das polnische Beispiel verband Éva Kovács die Analyse ihrer Lokalstudien jedoch nicht mit einem Blick auf Deutungen von Zwangsmigrationen in der ungarischen Gesellschaft. Gerade eine verbindende Perspektive hätte aber womöglich Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu Diskursen in anderen Staaten aufzeigen können.

Die beiden letzten Vorträge des ersten Tages widmeten sich der literarischen Verarbeitung von Flucht und Vertreibung in der deutschsprachigen Literatur. Elke Mehnert (Chemnitz) erläuterte den Stellenwert des Themas in der ostdeutschen Literatur vor und nach 1989. Offiziell waren die Zwangsmigrationen nach dem Zweiten Weltkrieg und ihre Folgen in der DDR wenig präsent, weshalb der Literatur wie auch bei anderen Themen die Funktion einer Ersatzöffentlichkeit zukam. Nach Mehnert waren dabei drei Sujets vorherrschend: „Flucht und Vertreibung“, „Ankunft und Integration“ sowie die mentale Verarbeitung des Geschehens. Nach 1989 wurde in der ostdeutschen Literatur zudem die „Wiederbegegnung mit der alten Heimat“ zum Thema. Ein Indikator für das heutige Interesse ist das Buch „Niemandszeit“ von Jörg Bernig, das inzwischen vergriffen ist.

Anschließend fragte Patricie Eliášová (Prag/Luxemburg) in ihrem Referat danach, warum die Vertriebenenliteratur nicht als eigene Gattung gelte. Der literarischen Verarbeitung selbst Betroffener stellte sie die Literatur zur Vertreibung gegenüber, der im Gegensatz zur Vertriebenenliteratur meist der Status eines reflektierenden Umgangs zugewiesen werde.

In der folgenden Diskussion wurde erörtert, ob Literatur über die Vertreibung kompensatorischen Charakter gegenüber einer verdrängten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema habe. Martin Schulze Wessel (München) stellte zur Diskussion, ob bestimmte Erfolge der Literatur womöglich gerade auf „historiographisch ungesichertem Terrain“ zustande kämen. Eine Frage, die nicht umfassend

geklärt werden konnte, aber Raum für weitere Untersuchungen lässt. Mathias Beer plädierte dafür, neben der Vertriebenenliteratur zukünftig verstärkt Heimatchroniken und Heimatbriefe als Faktor des Erinnerungsdiskurses ernst zu nehmen. In der Tat bieten sich diese als breitenwirksame Quelle zur Analyse an.

Den zweiten Tag eröffnete Stefan Karner (Graz) mit seinem Beitrag zu Zwangsmigrationen während und nach dem Zweiten Weltkrieg im österreichisch-slowenischen Kontext. Er unterschied zunächst drei Phasen der Migration: Seit 1941 siedelten die Nationalsozialisten Teile der Bevölkerung deutscher Nationalität aus dem italienisch besetzten Teil Sloweniens nach Deutschland um. Bereits parallel dazu begann eine Umsiedlung von Slowenen, die das Ziel hatten, bestimmte Regionen „deutsch zu machen“. Nach 1945 folgte dann mit der Vertreibung der Deutschen aus dem slowenischen Raum eine dritte Phase, in der es aber auch zu einer erzwungenen Rückführung von Slowenen nach Jugoslawien kam. Karner hob hervor, dass die Aufarbeitung dieser Migrationsprozesse erst am Anfang stehe, wobei er auf die teilweise schwierige Archivlage einging. Nur am Rande problematisierte er Formen und Inhalte slowenisch-österreichischer Diskurse. Wie schwierig sich der Dialog hier mitunter gestaltet, deutete er am Beispiel der bilateralen Historikerkommission an, die im Bericht über ihre Arbeitsergebnisse nur bei Teilfragen zu einer gemeinsamen Textfassung kam.

Marina Cattaruzza (Bern) erläuterte im anschließenden Vortrag das Wechselspiel zwischen historiographischer Auseinandersetzung und öffentlichen Debatten, das sich bei der Aufarbeitung der Zwangsmigrationen im Grenzgebiet zwischen Italien, Slowenien und Kroatien seit 1989 beobachten lässt. In der durch zahlreiche Grenzänderungen im 20. Jahrhundert geprägten Region wurden Fragen nach den Migrationen, die diese bedingten, lange Zeit vernachlässigt. Heute divergiert der Stellenwert des Themas je nach Land: In Italien ist die Zwangsmigration ein Aspekt der Regionalgeschichte, in Kroatien wird sie weitgehend vernachlässigt, während sie in Slowenien eine zentrale Rolle spielt. Cattaruzza schilderte die Arbeit der slowenisch-italienischen Historikerkommission, deren Ergebnisse von der Öffentlichkeit allerdings kaum rezipiert werden. Als Problem erweise sich häufig, dass der heutige Zustand der Region auf die Zeit nach 1945 rückprojiziert werde, was zu verzerrten Deutungen führe. Insgesamt konstatierte Cattaruzza aber eine Entwicklung hin zu einer „integrativen historiographischen Praxis“. Das Referat rief Fragen nach den eigentlichen Hauptakteuren öffentlicher Debatten hervor. Während Stefan Karner die Zugänglichkeit von Archiven als entscheidenden Faktor hervorhob und für eine „präzise historische Aufarbeitung“ plädierte, fragte Mathias Beer, was eigentlich geöffnete Archive für die Entwicklung der Erinnerungskultur zu Zwangsmigrationen real beitragen würden. In der Tat stellt sich die Frage, ob Historikern in diesem Prozess tatsächlich eine Leitfunktion zukommt.

Den letzten Vortragsblock eröffnete Piotr Majewski (Warschau) mit einer vergleichenden Analyse der öffentlichen Debatten über die Vertreibung der Deutschen in Polen und der Tschechischen Republik seit 1989. Während in der Tschechischen Republik bereits Ende 1989 durch eine Rede von Václav Havel heftige Diskussionen ausgelöst wurden, gewannen ähnliche Debatten in der polnischen Gesellschaft erst allmählich an Relevanz. Aber auch hier waren es zunächst Politiker, die sich mit

ihren Ansichten einbrachten. In beiden Ländern ergab sich durch das Vermengen von moralischen Aspekten mit der Frage nach materiellen Forderungen ein explosives Gemisch. Nicht unwichtig für die Analyse laufender Debatten war Majewskis Hinweis darauf, dass die Diskussionen in der Tschechischen Republik in Polen kaum wahrgenommen wurden – eine Feststellung, die mit Abstrichen auch für die Rezeption polnischer Debatten in der tschechischen Öffentlichkeit gilt.

Zum Abschluss behandelte Adrian von Arburg (Prag) unter dem Titel „Breiter Diskurs auf dünnem Eis“ die Frage, wie tschechische Historiker in den letzten fünfzehn Jahren Fragen zur Vertreibung der Deutschen problematisierten. Dazu unterschied er zunächst zwischen vier Diskursebenen: einer politisierenden, einer massenmedial wirksamen Ebene sowie einer breiteren und einer engeren Ebene unter den Historikern. Eine Aufteilung der Historiker in Kritiker und Befürworter der Vertreibung erscheine dagegen als wenig sinnvoll, da die Mehrheit der Beteiligten eine differenzierte Position einnehme. Inwieweit diese Trennung in „Moralisten“ und „Fachleute“ sinnvoll ist, wurde zu einem der Kernpunkte der Abschlussdiskussion.

Anhand vorherrschender Debatten zeigte von Arburg, dass es in der Folge der herrschenden „Verhandlungslogik“ häufig zum Aushandeln von Fragen komme. Die Diskussion über die Zahl der Vertreibungsoffer sei ein gutes Beispiel dafür. Dieser Fall zeige auch die starke Abhängigkeit des Historikerdiskurses vom öffentlichen Diskurs. So wirkten neue Impulse meist „von außen“ auf die fachliche Auseinandersetzung, wie etwa das Buch „Rozumět dějinám“ (Geschichte verstehen) zeige.<sup>1</sup> Hierbei handle es sich um eine „politische Bestellung“ einer Darstellung der Ursachen und des Verlaufs der Vertreibung der Deutschen aus den böhmischen Ländern, in der „Fragen der Moral und der eigenen Verantwortung weitgehend“ ausgeklammert würden.

Von Arburg wies schließlich noch auf eine Besonderheit des tschechischen Historikerdiskurses über die Vertreibung hin: Ein gewichtiges, medienwirksames Wort hätten Prager Historiker, während Wissenschaftler anderer Universitäten des Landes zwar zum Thema in den Archiven forschten, jedoch in den Debatten kaum zu Wort kämen. Diese Erkenntnis, die auf einen starken „Pragozentrismus“ hindeutet, provozierte allerdings Fragen nach Aufgaben und Erkenntnisformen des Historikers an sich.

In der Schlussdiskussion wurde zunächst die Frage nach moralischen Prämissen in der Forschung und in öffentlichen Debatten aufgegriffen. Pointiert wies Claudia Kraft darauf hin, dass Historiker auch Teil der Gesellschaft seien und somit auch über moralische Grundvorstellungen verfügten. Gerade in nichtpluralistischen Gesellschaften hätten moralische Positionen neue Ansätze zur Auseinandersetzung ermöglicht. Marina Cattaruzza formulierte anschließend die These, dass in Gesellschaften, die sich noch im „nationalen Zeitalter“ befänden, keine offene Debatte über Zwangsmigrationen stattfinden könne. Allerdings stellt sich dann die Frage,

<sup>1</sup> Rozumět dějinám. Vývoj česko-německých vztahů na našem území v letech 1848-1948 [Geschichte verstehen. Die Entwicklung der tschechisch-deutschen Beziehungen auf unserem Gebiet in den Jahren 1848-1948]. Praha 2000.

nach welchen Kriterien das Ende „nationaler Zeitalter“ zu messen wäre. In diesem Zusammenhang wäre auch zu klären, welche Rolle der Historiographie für die Rationalisierung von Debatten zukommt. Die auf der Tagung geäußerte Forderung nach präziser Aufarbeitung durch die Historiker verliert bei einem Blick auf die in mehreren Beiträgen vorgelegten Analysen an Gewicht. Als sinnvoll erscheint es eher, die mehrfach geäußerte Anregung aufzugreifen und den Stellenwert von Museen, Ausstellungen, Dokumentationsfilmen und Literatur in der Medialisierung von Debatten über Vertreibung neu zu bestimmen.

Schließlich stellt sich die Frage, in welcher Form Europäisierungsprozesse Diskurse über Zwangsmigrationen in den einzelnen Ländern oder Milieus beeinflussen. Martin Schulze Wessel fragte in diesem Zusammenhang danach, inwieweit die europäische Verflechtung eine Europäisierung des Erinnerens notwendig mache. In mehreren Vorträgen wurden bereits entsprechende Wechselwirkungen aufgezeigt. Zu einer grundsätzlichen Analyse kam es jedoch nicht. Davon abgesehen bot die Tagung eine gelungene Gesamtschau über Inhalte und Formen von „Streitgeschichten“ über Zwangsmigrationen. Wie wichtig die Erforschung dieser „Streitgeschichten“ ist, zeigt die andauernde Virulenz des Themas. Um dies festzustellen reicht ein Gang zu den Auslagetischen deutscher Buchhandlungen.

München/Freiburg

Martin Zückert